

Auswertung der Umfrage der Initiative Inklusive Katastrophenvorsorge Baden-Württemberg

Autor:innen: Maira Schobert und Friedrich Gabel

Stand: Dezember 2024

Umfrage im Auftrag der Beauftragten der Landesregierung Baden-Württemberg für die Belange von Menschen mit Behinderungen, durchgeführt vom DRK-Landesverband Baden-Württemberg e.V. und ausgewertet von Maira Schobert und Friedrich Gabel.

 **Baden-Württemberg**
Beauftragte der Landesregierung für die
Belange von Menschen mit Behinderungen

 **Deutsches**
Rotes
Kreuz

Landesverband
Baden-Württemberg e.V.

Zitationsvorschlag:

"Schobert M. und Gabel F. (2024): Auswertung der Umfrage der Initiative Inklusive Katastrophenvorsorge Baden-Württemberg, Umfrage im Auftrag der Beauftragten der Landesregierung Baden-Württemberg für die Belange von Menschen mit Behinderungen, durchgeführt vom DRK-Landesverband Baden-Württemberg e.V."

Inhaltsverzeichnis

1.	Zur Initiative Inklusive Katastrophenvorsorge	4
1.1.	Ziel(e) der Initiative Inklusive Katastrophenvorsorge	5
1.2.	Mitgliedsorganisationen	5
2.	Allgemeine Informationen zur Umfrage.....	6
3.	Ergebnisse der Umfrage	8
3.1.	Aktuelle Problemlagen	8
a)	Fehlende Planung für Notfälle	8
b)	Fehlende materielle Unterstützung	8
c)	Fehlende psychosoziale Unterstützung	9
d)	Fehlende Strukturen für Eigenschutz und -vorsorge	9
3.2.	Erwartungen an die Initiative	9
a)	Gesellschaftliche Ziele.....	10
b)	Erwartungen an die Arbeitsweise der Initiative.....	10
c)	Erwartungen hinsichtlich konkreter Ergebnisse	11
3.3.	Anregungen zur Ausgestaltung von Maßnahmen und Formaten	19
3.4.	Vorhandene Wissensbestände, Maßnahmen oder Ansätze	20
a)	Vorhandene Pläne und Konzepte.....	20
b)	Schwerpunkt inklusives Katastrophenmanagement.....	21
c)	Warnungen und Notruf	21
4.	Fazit und Ausblick.....	22
	Anhang A Fragen der Umfrage	24

1. Zur Initiative Inklusiv Katastrophenvorsorge

Inklusive Katastrophenvorsorge zielt darauf, dass alle Menschen, unter Berücksichtigung ihrer Lebenssituationen, ihrer Verfassung und ihren Fähigkeiten, gleichen Zugang zu Schutz und Unterstützung in Gefahrensituationen haben. Die Schirmherrschaft für die Initiative hat das Ministerium des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen Baden-Württemberg.

Katastrophenvorsorge im Sinne der Initiative zielt auf den Schutz der Bevölkerung in Gefahrenlagen, wie Naturereignissen (z. B. Starkregen, Hitzewellen, Erdbeben, Stürme, Erreger mit pandemischem Potential), bei technischen Störungen (z. B. Stromausfälle, Unfälle) sowie bei gezielten Angriffen auf Menschen und Infrastruktur (z. B. chemisch, biologisch, radioaktiv oder nukleare Angriffe). Katastrophenvorsorge legt den Fokus auf die Vorbereitung für Gefahrenlagen. Sie umfasst zum Beispiel Maßnahmen zur Stärkung von Selbsthilfefähigkeiten, der Früherkennung und Warnung, Reduzierung von Risiken sowie der Ausbildung und Ausrüstung von Einsatzkräften. In der Arbeit der Initiative wird Katastrophenvorsorge als gesamtgesellschaftliche Aufgabe verstanden, die ressortübergreifend gedacht werden muss. Katastrophenvorsorge ist eng verbunden mit der Katastrophenprävention (Verhinderung von Extremereignissen), der Katastrophenbewältigung (Akute Hilfeleistung) und der Katastrophenverarbeitung (Wiederaufbau nach Extremereignissen).

Inklusivität im Sinne der Initiative zielt darauf vielfältige Lebenssituationen, individuelle Verfassungen und Fähigkeiten in der Gestaltung von Katastrophenvorsorge von Beginn an mitzudenken. Dies umfasst grundsätzlich alle Menschen. Alle Menschen, die von einer Gefahrensituation betroffen sind, sollten gleichen Zugang zu Schutz und Unterstützung in Gefahrensituationen haben. In ihrer Arbeit fokussiert die Initiative insbesondere auf jene Menschen, die bisher nicht immer genügend Beachtung finden: zum Beispiel Menschen mit Behinderungen, Menschen mit Pflegebedarf, Menschen mit chronischen Erkrankungen, Kinder und Jugendliche, ältere und alte Menschen, Menschen mit Migrationshintergrund und Menschen ohne festen Wohnsitz. Praktisch bedeutet Inklusivität, dass neben Sicherheitsakteur:innen, Interessenverbände und Selbstvertretungsorganisationen dieser Gruppen von Beginn an mitwirken, um strukturelle Barrieren in der Katastrophenvorsorge abzubauen und Selbsthilfekapazitäten zu stärken.

1.1. Ziel(e) der Initiative Inklusive Katastrophenvorsorge

Die Initiative inklusive Katastrophenvorsorge gründete sich mit dem Zweck einen koordinierten Prozess anzustoßen, um in der Katastrophenvorsorge in Baden-Württemberg alle Menschen unter Berücksichtigung ihrer Lebenssituationen, ihrer Verfassung und ihren Fähigkeiten, mitzudenken und ihnen einen gleichen Zugang zu Schutz und Unterstützung in Gefahrensituationen zu ermöglichen. Konkrete Ziele der Initiative sind die Sensibilisierung aller Akteure der Katastrophenvorsorge für die Situation und Unterstützungsbedarfe diverser gesellschaftlicher Gruppen sowie die Entwicklung und Anregung von Maßnahmen zur Verbesserung der Vorsorge und des Schutzes für (insbesondere) diese Personengruppen.

Die Initiative will dafür die Zusammenarbeit zwischen allen für die Katastrophenvorsorge relevanten Akteur:innen, wie Behörden, Einrichtungen, Hilfsorganisationen und Selbstvertretungsorganisationen, Interessenvertretungen und Wohlfahrtsverbänden stärken. Die Initiative soll darüber hinaus bei der Bildung von Netzwerken unterstützen, dafür sollen weitere Akteur:innen für die Initiative gewonnen werden. Daneben müssen auch Finanzierungsmöglichkeiten für die inklusive Katastrophenvorsorge festgestellt und geschaffen werden. All dies fördert eine gerechtere, effektivere und nachhaltigere Reaktion auf Gefahrenlagen und trägt zur Stärkung von Gemeinschaften und Gesellschaften bei.

1.2. Mitgliedsorganisationen

- Beauftragte der Landesregierung Baden-Württemberg für die Belange von Menschen mit Behinderungen
- DRK Landesverband Baden-Württemberg
- Landkreistag Baden-Württemberg
- Städtetag Baden-Württemberg
- Gemeindetag Baden-Württemberg
- Landesfeuerwehrverband Baden-Württemberg
- Landesvereinigung des Technischen Hilfswerks (THW) Baden-Württemberg
- Landesarbeitsgemeinschaft LAG Selbsthilfe Baden-Württemberg
- Landesseniorenrat Baden-Württemberg
- Landesschülerbeirat Baden-Württemberg
- LIGA der Freien Wohlfahrtspflege Baden-Württemberg
- Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Kommunen
- Landtagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen
- Landtagsfraktion Christlich Demokratische Union (CDU)
- Landtagsfraktion Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)
- Landtagsfraktion Freie Demokratische Partei (FDP)
- Landesverband für Menschen mit Körper- und Mehrfachbehinderungen Baden-Württemberg e.V.

- Deutsche Zöliakie Gesellschaft e.V.
- Autismus Initiative Göppingen

2. Allgemeine Informationen zur Umfrage

Vom 18.07.2024 bis 08.09.2024 wurde durch die Initiative Inklusive Katastrophenvorsorge unter Schirmherrschaft des Ministeriums des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen und in Koordination der Beauftragten der Landesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderungen und des Landesverbands Baden-Württemberg des Deutschen Roten Kreuzes e. V. eine Befragung unter Interessenvertretungen besonders gefährdeter Gruppen, Akteur:innen der Wohlfahrtsarbeit, des Katastrophenschutzes, Vertreter:innen von Land, Kreisen und Kommunen sowie weitere Gruppen und Vereine durchgeführt. Ziel war es mehr darüber zu erfahren, welche Erwartungen es an die Arbeit der Initiative gibt, welche Herausforderungen gesehen werden und welches Wissen bezüglich einer inklusiven Katastrophenvorsorge bereits bestehen. Insgesamt haben 124 Personen die Umfrage ausgefüllt.

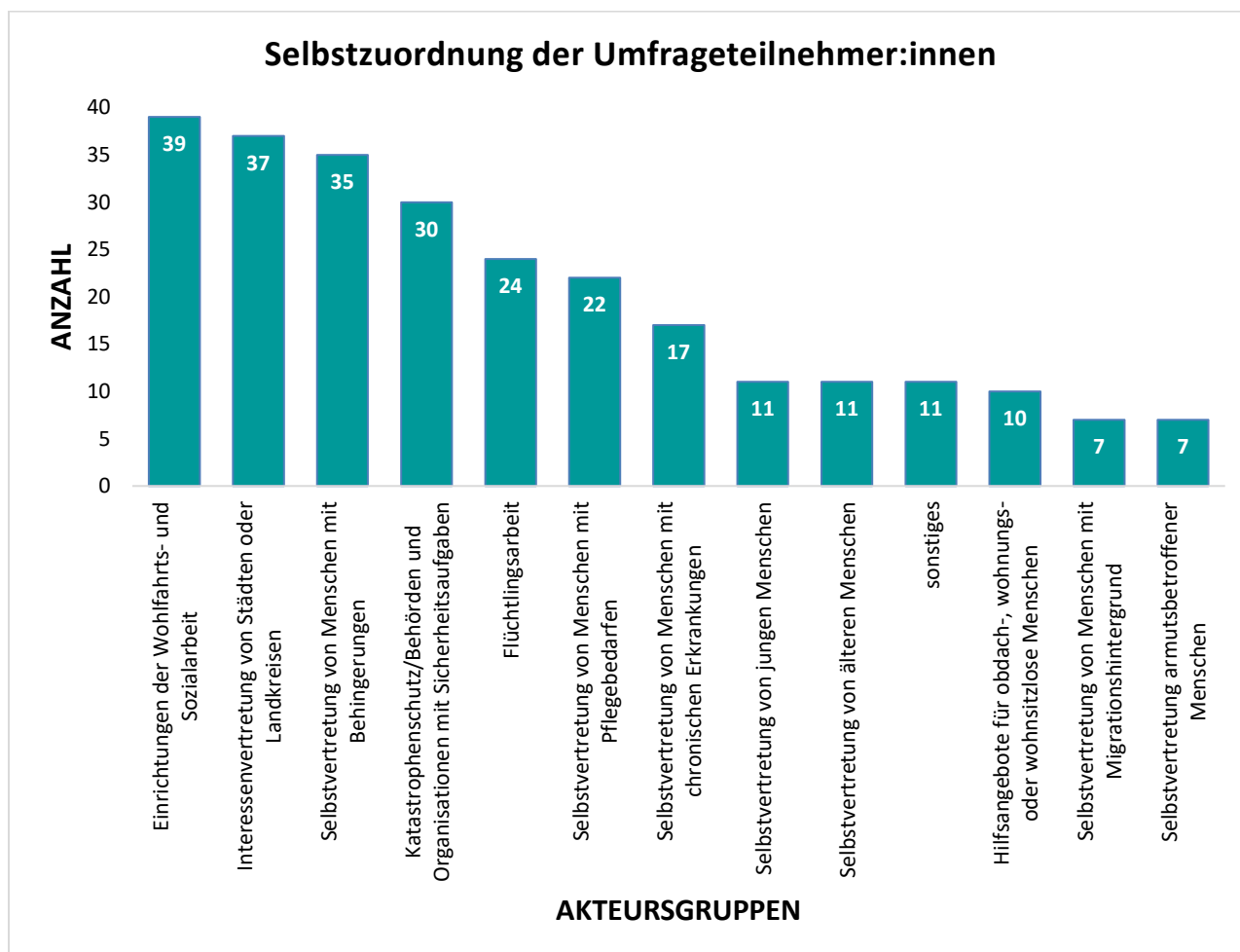


Abbildung 1: Selbstzuordnung der Umfrageteilnehmer:innen

Die Teilnehmenden wurden gebeten, sich einer Akteursgruppe zuzuordnen. Hierbei war es möglich, sich mehrfach zuzuordnen, was dazu führt, dass es (wie in der Grafik ersichtlich) 261

Zuordnungen gab. Mutmaßlich haben die Teilnehmenden, die sich mehreren Akteursgruppen zugeordnet haben, mehrere unterschiedliche Verantwortungsbereiche in ihrer Tätigkeit. Eine Person, die selbst einen Migrationshintergrund hat und in einem bei der Stadt angesiedelten Projekt im Bereich der Flüchtlingsarbeit arbeitet, das auch Geflüchtete mit Behinderung adressiert kann sich also vier Akteursgruppen zuordnen (Selbstvertretung von Menschen mit Migrationshintergrund, Flüchtlingsarbeit, (Selbst-)Vertretung von Menschen mit Behinderungen und Interessenvertretung von Städten oder Landkreisen).

Eindeutig zuordnen lassen sich ein Teil der Akteursgruppen. Teilgenommen haben

- 25 Personen aus der Selbstvertretung von Menschen mit Behinderungen,
- 23 Personen aus der Wohlfahrtsarbeit,
- 18 Personen aus dem Katastrophenschutz,
- 14 Personen aus der Flüchtlingsarbeit,
- 13 Personen, die die Interessen von Städten oder Landkreisen.

Insgesamt 24 Teilnehmer:innen haben die beschriebenen Mehrfachzuordnungen genutzt, wobei sich nicht immer zuordnen lässt, welche (Selbst-)Vertretungen ihre primären Arbeitsfelder sind. Des Weiteren haben zwei Teilnehmende keine Angabe gemacht.

Diese Verteilung in der Stichprobe kann unterschiedliche Gründe haben:

- Die Themen- und Arbeitsfelder der Selbstvertretung von Menschen mit Behinderungen und der Flüchtlingsarbeit sind klarer abgegrenzt als andere, sodass es Akteur:innen gibt, die nur für die entsprechenden Themen verantwortlich sind.
- Auch die Streuung der Umfrage, also wem die Umfrage zugeschickt wurde, kann die Verteilung erklären.
- Möglicherweise wird Inklusion bzw. inklusive Katastrophenvorsorge vor allem mit der Inklusion von Menschen mit Behinderungen und Geflüchteten assoziiert.

In den ausgewerteten Antworten zeigt sich entsprechend, dass Menschen mit Behinderungen mit Abstand am häufigsten als Zielgruppe genannt werden. Des Weiteren werden vor allem Geflüchtete als Zielgruppe explizit benannt. Weitere mögliche Zielgruppen, wie z.B. ältere Menschen werden vereinzelt in den Antworten erwähnt.

3. Ergebnisse der Umfrage

Im Folgenden werden die in der Umfrage erhaltenen Antworten präsentiert. Dies erfolgt in vier Schritten: Erstens wird darauf eingegangen, welche konkreten Problemlagen die befragten Akteur:innen aktuell in Hinblick auf ein inklusives Katastrophenmanagement sehen. Zweitens wird dargelegt, welche Erwartungen, die Befragten an die Arbeit der Initiative haben. Drittens wird betrachtet, welche Anregungen und Empfehlungen bezüglich der Ausgestaltung von Maßnahmen der Initiative geäußert wurden. Viertens werden schließlich Wissensbestände der Befragten benannt, auf die die Arbeit der Initiative aufbauen kann.

3.1. Aktuelle Problemlagen

Die Befragten kritisieren insgesamt, dass Menschen mit Behinderungen im Katastrophenfall als letztes berücksichtigt würden. Konkrete Missstände wurden von den Befragten dabei weniger benannt, was vermutlich mit der Formulierung der Fragen zusammenhängt. Beispielhaft wurde problematisiert, dass Unklarheit darüber besteht, wie die Versorgung mit Hilfsmitteln wie Einmalkathetern in Katastrophen sichergestellt werden kann. In der Umfrage werden zudem die Todesopfer in der stationären Einrichtung der Lebenshilfe im Ahrtal während der Hochwasser 2021 thematisiert. Die Befragten problematisieren etwa, dass nicht ausreichend bei der Rettung der Bewohner:innen geholfen wurde. Hinsichtlich aktueller Problemlagen beschreiben die Befragten eher generelle Trends, die hier in vier Kategorien exemplarisch vorgestellt werden:

a) Fehlende Planung für Notfälle

Einige Befragte beklagen mit Blick auf Baden-Württemberg, dass in manchen Gemeinden weiterhin keine Evakuierungspläne für die dort ansässigen Einrichtungen existieren würden. Außerdem würden bei Alarmierungen die Bedarfe von Menschen mit Behinderungen oft übersehen, sodass etwa Menschen mit Hörbeeinträchtigungen die Alarmierungen möglicherweise nicht mitbekommen (insbesondere nachts).

b) Fehlende materielle Unterstützung

Mit Blick auf materielle Unterstützung benötigen die Befragten in Katastrophen vor allem Hilfe bei der Versorgung mit Wasser, Medikamenten und Lebensmitteln (wobei krankheitsbedingte Einschränkungen bei der Ernährung berücksichtigt werden sollten). Des Weiteren brauchen Sie eine Versorgung mit Hygieneartikeln, Sanitäranlagen und Strom. Strom ist neben der Nutzung von Mobiltelefonen auch mit Blick auf E-Rollstühle und medizinische Geräte (z.B. zur Schleimabsaugung) relevant. Wenn Fahrstühle aufgrund eines Stromausfalls nicht mehr funktionieren, führt dies mit Blick auf die Mobilität von Menschen, die einen Rollstuhl nutzen

oder eine Mobilitätseinschränkung haben, zu Problemen. Auch die Bereitstellung von Ersatzrollstühlen wird von den Teilnehmenden der Umfrage thematisiert. Die Befragten aus dem Katastrophenmanagement forderten eine bessere Ausstattung der Feuerwehr, mehr Sandsäcke und Pumpen, sowie leichte und angepasste Einsatzkleidung. Auch sie gehen darauf ein, wie wichtig die Versorgung mit Strom ist und benötigen entsprechende Notstromaggregate und Versorgungsstationen, um im Krisenfall möglichst schnell die Stromversorgung zu sichern.

c) Fehlende psychosoziale Unterstützung

Katastrophen bedeuten Ausnahmesituationen. Um diese zu bewältigen benötigen die Klient:innen der Befragten auch emotionale Unterstützung, damit sie handlungsfähig bleiben. Aufsuchende Versorgung durch pflegerische, soziale, psychologische und medizinische Fachkräfte ist wichtig zur Unterstützung von Menschen in vulnerablen Situationen. Damit die entsprechenden Unterstützungsdienste aufrechterhalten werden können, benötigen sie (mehr) Personal.

d) Fehlende Strukturen für Eigenschutz und -vorsorge

Zunächst wird von einigen Befragten ganz allgemein argumentiert, dass es keine Wissensbestände, Maßnahmen oder Ansätze für spezifische Zielgruppen gäbe. Damit verbunden wird weiterhin problematisiert, dass es bisher keine Fachbüros gibt, die insbesondere Menschen mit Behinderungen bei der Eigenvorsorge unterstützen. In ähnlicher Weise wird betont, dass wenig Informationen vorhanden sind, die ehrenamtlich Helfende oder Nachbarschaften informieren. Einige verweisen auch darauf, dass der Katastrophenschutz der Landkreise hier keine Hilfeleistung bietet. Ebenso fehle es an praxisnahen Vorschlägen. Weiterhin wird die fehlende Mehrsprachigkeit von Unterstützungsangeboten kritisiert. Als einen Grund hierfür benennen einige Befragte, dass ihrer Ansicht nach kein Interesse an den Lösungen bestehe, die Ehrenamtliche der Blaulichtfamilien zu entwickeln versuchen.

3.2. Erwartungen an die Initiative

Zentrales Ziel der Umfrage war es, mehr darüber zu erfahren, welche Wünsche und Erwartungen hinsichtlich der Arbeit der Initiative Inklusive Katastrophenvorsorge existieren. Diesbezüglich wurden Aussagen auf unterschiedlichen Ebenen formuliert:

- a) gesellschaftliche Ziele
- b) die Arbeitsweise der Initiative
- c) konkrete(re) Ergebnisse, die sich die Teilnehmenden von der Initiative erhoffen

Da vor allem die beiden letzten Punkte zielführend für eine pragmatische Arbeit der Initiative erscheinen und es in diesen Bereichen auch die meisten Antworten gab, werden sich die folgenden Ausführungen darauf konzentrieren.

a) *Gesellschaftliche Ziele*

Einige Antworten aus der Umfrage beziehen sich auf gesellschaftliche Ziele. Insbesondere werden die allgemeine Gleichberechtigung und die Inklusion von Menschen mit Behinderungen gefordert. Damit einhergehend soll die Gesellschaft besser für die Bedarfe von Menschen mit Behinderungen (insbesondere in Krisensituationen) sensibilisiert werden. In diesem Kontext wird auch die Förderung von sicherem, menschenwürdigem und bezahlbarem Wohnraum thematisiert. In eine andere Stoßrichtung geht der Vorschlag einer befragten Person aus der Sozialarbeit, welche eine Entbürokratisierung des Arbeitsschutz fordert, damit mehr Zeit für die wesentlichen Aufgaben zur Verfügung steht. Schließlich solle die Katastrophenvorsorge insgesamt verbessert werden.

b) *Erwartungen an die Arbeitsweise der Initiative*

Als Erfolgsfaktoren für die Arbeit der Initiative inklusive Katastrophenvorsorge bestimmen die Befragten neben der Entwicklung konkreter, praxisorientierter und realistisch umsetzbarer Maßnahmen insbesondere die Initiierung konkreter Schritte zur Umsetzung der Maßnahmen. Dies zeigt sich über alle Themen- und Handlungsfelder und alle Akteursgruppen hinweg.

Die Befragten wünschen sich dabei erstens, dass die Initiative transparent arbeitet. Dies gilt sowohl für die aktiven Akteur:innen als auch hinsichtlich ihrer Ziele, Ergebnisse sowie der Maßnahmen und Formate, die in diesem Rahmen gewählt wurden. Transparenz umfasst aus Perspektive der Befragten weiterhin die klare Kommunikation über die Definition von Katastrophen sowie der zugehörigen Maßnahmen. Um dies zu ermöglichen, wird eine gute Öffentlichkeitsarbeit gewünscht, die die Arbeit nachvollziehbar macht und auch die Zielgruppen erreicht. Hervorgehoben werden hierbei insbesondere Menschen mit Lernbehinderungen. Daneben sollen aber auch die ehrenamtlichen Einsatzkräfte im Katastrophenmanagement und Organisationen beziehungsweise Einrichtungen (z. B. Einrichtungen der Eingliederungshilfe oder Sonderpädagogische Bildungs- und Beratungszentren) erreicht werden. Die Arbeit der Initiative solle weithin sichtbar gemacht werden. Hierfür soll auch die Bekanntheit des Schirmherren Thomas Strobl, Minister des Inneren für Digitalisierung und Kommunen, genutzt werden.

Zweitens wird auch die Vernetzung mit anderen Akteur:innen (bspw. Kommunen, Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben sowie Verbänden) als relevant betrachtet. Gewünscht wird außerdem ein niedrigschwelliger Zugang zur Initiative (z.B. per Telefon oder E-Mail) und die Verfügbarkeit der Initiative in jedem Landkreis.

Als besonders wichtig wird drittens der Einbezug der Zielgruppen genannt. In diesem Kontext wird die Zugänglichkeit und Barrierefreiheit betont. Genannt wird hierbei die Umsetzung von Barrierefreiheit bei Veranstaltungen, Informationsmaterialien und den zu erarbeitenden Maßnahmen sowie eine Mehrsprachigkeit der Mitarbeitenden der Initiative. Die Beteiligung der Zielgruppen bei der Entwicklung der Maßnahmen wird vor allem von den Teilnehmenden aus der Wohlfahrt und der Selbstvertretung von Menschen mit Behinderungen betont. Im Sinne des Ausspruchs „Nicht über uns ohne uns“ sollen die Zielgruppen in die Arbeit der Initiative eingebunden werden. Menschen mit Behinderungen werden in den Antworten explizit benannt, während darüberhinausgehende Personengruppen mit dem Begriff „Zielgruppen der Initiative“ zusammengefasst werden.

c) Erwartungen hinsichtlich konkreter Ergebnisse

Die Befragten decken in ihren Antworten ein breites Spektrum an Handlungsfeldern ab, in denen sie konkrete Ergebnisse der Arbeit der Initiative inklusive Katastrophenvorsorge wünschen. Diese werden im Folgenden dargestellt. Für jedes Handlungsfeld findet sich eine Kurzbeschreibung der zentralen Punkte, von den Befragten vorgeschlagene konkrete Maßnahmen und Formate, die bei der Umsetzung benötigte Unterstützung sowie eine Einordnung der durch die Teilnehmer:innen eingeschätzten Dringlichkeit dieser Maßnahme (basierend auf Frage 5 der Umfrage).

Barrierefreiheit

Beschreibung	<p>Neben dem Wunsch, dass die Formate der Initiative barrierefrei gestaltet werden, wird Barrierefreiheit in der Katastrophenvorsorge auch als Erfolgskriterium für die Arbeit der Initiative wahrgenommen. Dabei betonen alle Akteursgruppen die Notwendigkeit von Barrierefreiheit, wobei verschiedene Dimensionen genannt werden:</p> <ul style="list-style-type: none"> i. Infrastruktur: Notrufsysteme, Alarmierungssysteme, Fluchtwege, Notunterkünfte, etc. sollen barrierefrei gestaltet und zugänglich sein. ii. Informationsvermittlung: Informationen (z. B. zum Verhalten im Katastrophenfall, Kennzeichnung von Fluchtwegen oder zur Katastrophenvorsorge) sollen barrierefrei gestaltet werden. Sie sollen in einfacher Sprache, stark bebildert etwa durch standardisierte Bildsymbole, in die wichtigsten Herkunftssprachen übersetzt zur Verfügung stehen und für Vorlesetechnologien optimiert sein. Neben Hör- und Sehbehinderungen sowie kognitiven Einschränkungen soll auch Analphabetismus berücksichtigt werden.
Ideen für konkrete Maßnahmen	<p>Alle Formate und die bereit gestellten Informationen sollten mehrsprachig sein und auch in Einfacher und Leichter Sprache zur Verfügung gestellt werden. Sie sollten außerdem bebildert sein. Zudem werden Hör-Apps für</p>

	<p>Analphabetist:innen gewünscht. Videos sollten mit Deskription versehen werden und ebenfalls in Leichter und Einfacher Sprache vorliegen. Bei Online-Formaten sollten nur Videokonferenzsysteme genutzt werden, die barrierefrei sind. Zoom, Teams, BigBlueButton und Google Meet werden hier als positive Beispiele genannt.</p> <p>Analog vs. Digital: Bei der Frage ob Formate analog oder digital gestaltet werden sollen, gehen die Meinungen der Befragten auseinander: Manche argumentieren, dass vor allem digitale Formate zielführend seien, während andere für analoge Formate plädieren. Wiederum andere machen deutlich, dass nur eine Kombination von analogen und digitalen Formaten dazu führen kann, dass möglichst viele Menschen erreicht werden. Vermutlich lassen sich die unterschiedlichen Schwerpunktlegungen mit dem Kontext der Akteur:innen und ihrem Wissen über die Bedarfe unterschiedlicher Zielgruppen erklären.</p> <p>Barrierefreie Notunterkünfte und Evakuierungsrouten: Viele der Befragten weisen auf die Notwendigkeit von barrierefreien Notunterkünften und Evakuierungsrouten hin. Dabei sollen auch Rückzugs- und Ruheräume zum Beispiel für Menschen im Autismusspektrum mitbedacht werden. Insbesondere bei Hitzewellen werden barrierefrei zugängliche klimatisierte Räume für gefährdete Personen benötigt. Vorgeschlagen wird, dass die Initiative ein Muster für einen barrierefreien Evakuierungsplan entwickelt und bereitstellt. Außerdem sollen „Sicherheitsinseln“ in ländlichen Gebieten eingerichtet werden.</p> <p>Niedrigschwellig zugängliche und barrierefreie Informationen: Im Krisenfall ist der schnelle Zugang zu barrierefreien, niedrigschwelligen Informationen elementar. Informationen und Alarmierungen sollten mehrsprachig verfügbar sein und dem 2-Sinne-Prinzip folgend mindestens zwei der drei Sinne (Hören, Sehen und Tasten) ansprechen. Wichtig ist auch, dass Alarmierungswege barrierefrei gestaltet werden (z.B. die WarnApps Nina und KatWarn). Vorgeschlagen wird außerdem die Einrichtung einer Hotline über die Kommunikation in verschiedenen Sprachen möglich ist. Des Weiteren wird dafür plädiert, ein Hitzetelefon einzurichten.</p>
<p>Eingeschätzte Dringlichkeit des Aspekts</p>	<p>Barrierefreiheit wird von den meisten (ca. 33)¹ Befragten als dringlichstes Handlungsfeld genannt. Dies gilt sowohl mit Blick auf Infrastruktur (z.B. barrierefreie Notunterkünfte) als auch mit Blick auf die Vermittlung von Informationen. Anknüpfend an die Vermittlung von Informationen wird Kommunikationsstrategien eine sehr hohe Relevanz zugeschrieben. Wichtig sei es dabei, dass Informationen leicht auffindbar, verständlich und leicht zugänglich in unterschiedlichen Sprachen und auch in Einfacher und Leichter Sprache vorliegen.</p>

¹ Dies bezieht sich auf die Antworten auf die Frage nach dem dringlichsten Handlungsbedarf. Da die Antworten jedoch nicht immer trennscharf sind, werden nur ungefähre Nennungen angegeben.

Sensibilisierung

Beschreibung	<p>Mit Blick auf die Förderung von Sensibilisierung als konkretes Ergebnis für die Arbeit der Initiative lassen sich verschiedene Ebenen unterscheiden:</p> <p>Zunächst geht es darum, sowohl auf gesellschaftlicher Ebene als auch spezifisch das Katastrophenmanagement für die Bedarfe von Menschen mit Behinderungen und anderen Zielgruppen im Katastrophenfall zu sensibilisieren. Dabei gilt es, die Aufmerksamkeit zu erhöhen und Klarheit darüber zu schaffen, was Menschen mit Behinderungen benötigen, damit sie gut auf Krisensituationen vorbereitet sind, wie sie bestmöglich informiert und geschützt werden können. Die Befragten weisen darauf hin, dass meist wenig Wissen über Behinderungen und Erkrankungen, die nicht sichtbar sind, besteht. Beispielhaft genannt werden hier psychische Erkrankungen (wie z.B. Depressionen) und kognitive Beeinträchtigungen. Das mangelnde Wissen kann dazu führen, dass die Kapazitäten der Menschen falsch eingeschätzt werden. Für Geflüchtete aus Kriegsgebieten sind auch Situationen besonders herausfordernd, die zum Beispiel an Luftangriffe erinnern. Ebenso wird problematisiert, dass bei der Rettung von Menschen mit Behinderungen auch darauf geachtet werden sollte, dass möglichst auch die Hilfsmittel und Assistenzhunde mitgedacht und mitgerettet werden.</p> <p>Des Weiteren wird die Sensibilisierung der Zielgruppen sowie der Mitarbeitenden von Einrichtungen, Assistenzen usw. für mögliche Katastrophen benannt. Dies reicht von der eigenverantwortlichen Katastrophenvorsorge über die Sensibilisierung zur Bedeutung von Katastrophenwarnungen bis hin zum Verhalten im Katastrophenfall. Auch in diesem Kontext werden vor allem Menschen mit Behinderungen und Geflüchtete als Gruppen explizit benannt. Dabei wird auch die zusätzliche Belastung von Angehörigen von Menschen mit Behinderungen im Katastrophenfall erwähnt. Mit Blick auf Geflüchtete wird auch das teilweise fehlende Vertrauen von Geflüchteten in Behörden thematisiert, das berücksichtigt und gestärkt werden soll.</p>
Ideen für konkrete Maßnahmen	<p>Neben Öffentlichkeitsarbeit und analogen und digitalen Formaten (wie z.B. Flyer, Plakate, Social Media-Kampagnen) werden hierbei vor allem Schulungen, sowohl für das Katastrophenmanagement als auch für die Zielgruppen, als Mittel zur Umsetzung vorgeschlagen. Die Initiative soll dabei barrierefreie Informationsmaterialien für Kommunen zur Verfügung stellen. Außerdem sollen Konzepte erarbeitet werden, um Personengruppen besser zu erreichen (insbesondere die Gruppen, die nicht über Apps erreicht werden können).</p> <p>Durch das Anbieten von Selbstrettungskursen und Erste Hilfe-Kursen, die für unterschiedliche Kapazitäten und Bedarfe zugeschnitten sind, können die Zielgruppen für das richtige Verhalten in Notsituationen sensibilisiert werden.</p>

	Des Weiteren werden Gespräche und Fortbildungen der Einsatzkräfte und Ersthelfenden sowie die Erarbeitung individueller Lösungen für verschiedene Szenarien auf kommunaler Ebene vorgeschlagen. Darunter fällt auch eine engere Kooperation zwischen Katastrophenmanagement und Einrichtungen, sodass den Einsatzkräften entsprechendes Wissen und Unterlagen vorliegen.
Eingeschätzte Dringlichkeit des Aspekts	Ein Großteil (ca. 32x genannt) der Teilnehmenden sieht bei der Sensibilisierung und Schulung des Katastrophenmanagements und von Menschen mit Behinderungen und anderen Zielgruppen den dringlichsten Handlungsbedarf. Außerdem wird in diesem Kontext betont, dass Handlungsleitlinien zu inklusiver Katstrophenvorsorge und zum Verhalten in Krisensituationen zum Nachlesen benötigt werden.

Finanzierung und Bereitstellung von Ressourcen zur Prävention

Beschreibung	Damit inklusives Katastrophenmanagement und entsprechende Katastrophenvorsorge umgesetzt werden kann, werden auch (finanzielle) Ressourcen benötigt. Dementsprechend spielen Ressourcen und Finanzierungsfragen mit Blick auf die Einschätzung des Erfolgs der Initiative eine wichtige Rolle für die Befragten. Die Teilnehmenden der Umfrage benötigen etwa finanzielle Unterstützung bei Präventionsmaßnahmen (z.B. Notstromaggregat, Hochwasserschutz) und bei der akuten Bewältigung der Schäden der Katastrophe. Des Weiteren wird hinsichtlich einer guten Reaktionsfähigkeit in Katastrophen Unterstützung bei der Vorsorge gefordert: Dies reicht von der Durchführung von Übungen, über die Unterstützung beim Wetterfest machen von Gebäuden und Gelände bis zur Unterstützung bei der Bevorratung. Die Bereitstellung von Ressourcen wird vor allem von Teilnehmenden aus der Wohlfahrtsarbeit und aus dem Katastrophenschutz thematisiert. Dabei wird sowohl für den Katastrophenschutz als auch für den Inklusionsbereich mehr Personal gefordert.
Ideen für konkrete Maßnahmen	Mit Blick auf die Katastrophenvorsorge betonen die Befragten immer wieder, wie wichtig es ist, dass durch Übungen und ähnliche Maßnahmen (inklusive) Handlungswissen vermittelt wird. Außerdem wird gefordert, dass die Starkregenmanagementkarten fertig gestellt werden.
Eingeschätzte Dringlichkeit des Aspekts	Für einen Großteil (ca. 25x genannt) der Teilnehmenden gehören Bereiche der Prävention wie Übungen zum Aufbau von Handlungswissen, barrierefreie Frühwarnsysteme und die (materielle) Ausstattung des Katastrophenmanagements zum dringlichsten Handlungsfeld. Die (Weiter-)Finanzierung von Maßnahmen und Personal (insbesondere für Wohngruppen und Einrichtungen der Eingliederungshilfe) wird von einem Teil (ca. 9x genannt) der Befragten als besonders dringlich wahrgenommen.

Inklusive Planung

<p>Beschreibung</p>	<p>Ein weiteres wichtiges Themenfeld für den Erfolg der Initiative Inklusive Katastrophenvorsorge ist eine inklusive Planung. Die vielfältigen Lebenssituationen der Zielgruppen sollen in die Planung mit einbezogen werden. In diesem Kontext wird in den Antworten immer wieder auf allein- oder bei den Eltern oder anderen Bezugspersonen lebende Menschen mit schweren Behinderungen eingegangen. Für Geflüchtete, die im privaten Wohnraum leben, aber noch nicht gut genug integriert sind, um über gängige Verfahren erreicht zu werden, gibt es nach Einschätzung der Befragten ebenfalls wenig Konzepte. Diese Zielgruppen scheinen im Katastrophenmanagement ebenfalls oft unberücksichtigt zu bleiben. Auch der kontinuierliche Zugang zu unterstützenden Diensten zur Förderung und psychischen Stabilisierung wird als wichtig erachtet. Auch der Wunsch, dass Barrierefreiheit verpflichtend wird, wird von den Befragten geäußert.</p>
<p>Ideen für konkrete Maßnahmen</p>	<p>Um die unterschiedlichen Bedarfe zu beachten, benötigen Städte, Landkreise und das Katastrophenmanagement nach Aussage der Befragten Informationen über die Bedarfe der Zielgruppen. Diese Informationen sollen dann in (kommunale) Konzepte für Krisensituationen einfließen, das Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben, Einrichtungen und die Zielgruppen auf Katastrophen vorbereitet. Vorgeschlagen werden unter anderem barrierefreie Evakuierungspläne und Kommunalkonzepte zur Nutzung kommunaler Gebäude als barrierefreie Rückzugsorte. Als konkrete Maßnahme wird außerdem die Entwicklung eines (Handlungs-)Leitfadens für Organisationen vorgeschlagen. Dieser soll Organisationen anleiten inklusiven Katastrophenschutz umzusetzen, ohne dass es großer Nacharbeitung der einzelnen Einrichtungen bedarf.</p> <p>Jede Organisation und Einrichtung soll einen inklusiven Ablaufplan für Krisensituationen haben und es soll regelmäßige Übungen zum Beispiel in Pflegeeinrichtungen geben. Hilfseinrichtungen (z. B. Altenhilfe, Behindertenhilfe, Kinder- und Jugendhilfe) werden als Profis und wichtige Akteur:innen für inklusive Katastrophenhilfe wahrgenommen und sollten sich selbst auch als Akteur:innen eines inklusiven Katastrophenmanagements verstehen. Die Zielgruppen (auch hier werden vor allem Menschen mit Behinderungen und Geflüchtete explizit genannt) sollen von Anfang an mitgedacht werden. Schon bei der Erstellung von Notfallplänen sollen die spezifischen Bedürfnisse der Zielgruppen berücksichtigt werden. Diese Notfallpläne sollen dann für alle verständlich deutlich ausgehängt werden. Außerdem soll ein System von Notfallpat:innen entwickelt werden.</p> <p>Damit marginalisierte Gruppen vom Katastrophenmanagement von Anfang an mitgedacht werden, muss entsprechendes Wissen über deren Bedürfnisse sowie über relevante Objekte (z.B. Pflegeeinrichtungen oder Unterkünfte für Geflüchtete) vorhanden sein. Dementsprechend sollen die unterschiedlichen Bedarfe der jeweiligen Zielgruppen in Städten und Landkreisen erhoben</p>

	<p>werden. Darauf aufbauend sollen bestehende Lücken im Katastrophenmanagement analysiert werden.</p> <p>Außerdem soll ein Katastrophenschutzkonzept erarbeitet werden, bei dem Informationen und Warnungen barrierefrei für möglichst viele Zielgruppen zugänglich und sowohl digital als auch analog auffindbar sind. Durch die Erstellung von Maßnahmenkatalogen zu inklusivem Katastrophenmanagement kann die Umsetzung für Kommunen erleichtert werden. Diese sollten auch Checklisten als Orientierung zur Berücksichtigung aller relevanten Bedürfnisse enthalten. Daran anknüpfend wird die Einrichtung einer zentralen Wissensdatenbank mit best practice-Beispielen und Anlaufstellen gefordert.</p> <p>Des Weiteren wird vorgeschlagen, dass die Initiative Schulungsmaterialien zu inklusivem Katastrophenmanagement erarbeitet und bereitstellt. Als best practice wird ein Beispiel aus Indonesien genannt:</p> <p>https://www.asbindonesia.org/resources/training-curriculum-on-inclusive-disaster-management-for-persons-with-disabilities-and-facilitators-of-inclusive-disaster-management-2022/ https://www.apcdfoundation.org/index.php/en/indonesia-disability-inclusive-disaster-risk-reduction-didrr-handbook</p>
<p>Eingeschätzte Dringlichkeit des Aspekts</p>	<p>Ein Teil der Befragten (ca. 15x genannt) hält die Berücksichtigung spezifischer Bedarfe in Notfällen für ein dringliches Handlungsfeld. Benannt wird dabei unter anderem die Berücksichtigung der Bedarfe von:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Menschen mit Hörbeeinträchtigungen - Menschen mit Mobilitätseinschränkungen - Ältere Menschen - Menschen mit körperlichen Behinderungen - Menschen mit kognitiven Beeinträchtigungen - Menschen mit psychischen Erkrankungen (z.B. Depressionen, Zwangserkrankungen, traumatisierte Menschen) <p>(Mangelnde) Informationen über die Bedarfe von unterschiedlichen Gruppen und auch Informationen über deren Wohnorte bzw. Anteil im entsprechenden Regierungsbezirk werden von einigen Teilnehmenden (ca. 9x genannt) als wichtiges Handlungsfeld genannt. In diesem Kontext wird auch der Wunsch nach einem datenschutzrechtlich gestützten Register geäußert, in das sich Menschen mit Behinderungen für Notfälle eintragen können.</p>

Netzwerkbildung und Zusammenarbeit verschiedener Akteur:innen

Beschreibung	<p>Ein weiterer Erfolgsfaktor der Initiative für inklusive Katastrophenvorsorge ist aus Perspektive der Befragten, das Bilden von Netzwerken und die Förderung der Zusammenarbeit und des Austauschs zwischen verschiedenen Akteur:innen. Durch den Zusammenschluss von Katastrophenmanagement und Inklusionsakteur:innen (und Behörden) in Netzwerken soll der Austausch von Wissen und Ressourcen gestärkt werden.</p> <p>In diesem Kontext werden auch lokale Lösungen wie Arbeitsgemeinschaften mit Steuerungsgruppen auf kommunaler Ebene gefordert, um das Thema voranzubringen und die notwendigen Kooperationspartner:innen miteinander zu vernetzen. Auch die Zusammenarbeit zwischen den Blaulichtorganisationen (spezifisch werden hier THW und Feuerwehr genannt) soll zum Beispiel durch gemeinsame Aktionen verbessert werden.</p>
Ideen für konkrete Maßnahmen	<p>Entwicklung von (regionalen und überregionalen) Formaten, die unterschiedliche Akteursgruppen beteiligen: Zielgruppen, Selbstvertretungen, Wohlfahrtsarbeit, Katastrophenmanagement/-schutz, politische Verantwortungsträger:innen, sowie die örtlichen Behörden und Verwaltungen. Beispiele, die von den Befragten genannt werden:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Bildung von Arbeitsgemeinschaften - Erstellung und Bereitstellung einer Netzwerkkarte - Modell-Regionen, in denen Stadt- und Landkreise die Muster-Pläne und Konzepte erproben, an denen sich andere orientieren können <p>Der Wunsch nach Zusammenarbeit wird dabei auch im Kontext der akuten Lagebewältigung formuliert. Zudem wird für eine engere Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Akteur:innen und gemeinsame Übungen plädiert. Dabei sollen die Zielgruppen und Selbstvertretungen eingebunden werden.</p>
Eingeschätzte Dringlichkeit des Aspekts	<p>Für einen Teil (ca. 13x genannt) der Befragten sind die Koordination und Vernetzung der Akteur:innen die dringlichsten Handlungsbedarfe. Wichtig ist dabei auch, dass es klare Verantwortlichkeiten gibt. Den Bedarf an lokalen Strategien und Lösungen nimmt ein kleiner Teil (ca. 4x genannt) der Teilnehmenden als das dringlichste Handlungsfeld wahr.</p>

Partizipation und Beteiligung der Zielgruppen

Beschreibung	<p>Die Einbindung und Partizipation der Zielgruppen werden als zentraler Teil inklusiver Planung und als Erfolgskriterium für die Arbeit der Initiative Inklusive Katastrophenvorsorge benannt. In diesem Kontext wird von den Befragten die Beteiligung der Zielgruppen an der Entwicklung von Maßnahmen und in die allgemeine Planung des Katastrophenmanagements eingebracht.</p>
---------------------	--

Ideen für konkrete Maßnahmen	Beteiligungsformate sollen, laut den Befragten, didaktisch so gestaltet werden, dass die Zielgruppen barrierefrei beteiligt werden. Beispielhaft genannt werden hier die Einbeziehung der Selbsthilfe, kleine Gruppen, Pausen einplanen, keine Standardschulungen. Auch die aufsuchende Arbeit, um alle Personengruppen zu erreichen und die direkte Ansprache durch vertraute Personen werden als wichtig erachtet. Des Weiteren wurde die Einbindung von Selbstvertretungen in Gremien des Katastrophenmanagements, wie etwa Krisenstäbe vorgeschlagen.
Eingeschätzte Dringlichkeit des Aspekts	Für einen kleinen Teil (ca. 4x genannt) der Befragten ist die Beteiligung der Zielgruppen bzw. die Beteiligung von Menschen mit Behinderungen am dringlichsten.

Klärung von Zuständigkeiten

Beschreibung	Damit die Arbeit der Initiative als erfolgreich wahrgenommen wird, wünschen sich die Befragten eine Klärung der Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten in der Katastrophenvorsorge beziehungsweise eine klare Kommunikation dieser Zuständigkeiten. ² Darüber, wer verantwortlich sein sollte, herrscht keine Einigkeit bei den Befragten; manche sehen das Landratsamt in der Verantwortung. Während andere Vorgaben durch die oberste Katastrophenschutzbehörde erwarten. In Krisen soll es feste Ansprechpartner:innen (auch in Krisenstäben) geben, die beispielsweise telefonisch erreicht werden können. Allgemein wird auch der Wunsch geäußert, dass es feste Ansprechpersonen für konkrete Themen auf kommunaler Ebene geben sollte.
Ideen für konkrete Maßnahmen	Die Befragten betonen immer wieder, dass sie in Krisensituationen eindeutige Ansprechpartner:innen sowie klare Handlungsanweisungen/-empfehlungen für alle Situationen benötigen.
Eingeschätzte Dringlichkeit des Aspekts	Die Klärung von Zuständigkeiten wird nicht explizit als dringliches Handlungsfeld benannt, sondern nur im Zusammenhang mit anderen Handlungsfeldern erwähnt.

² Aus anderen Forschungsprojekten, wie der KIM-Studie ist bekannt, dass Akteur:innen des Katastrophenmanagements inklusive Katastrophenvorsorge als Aufgabe der Inklusionsakteur:innen sieht, während diese das Thema im Katastrophenschutz verorten (vgl. Gabel F., Schobert M. (2024): Langfassung zum Abschlussbericht der Bestandsaufnahme zum Katastrophenmanagement und der Inklusion von Menschen mit Behinderungen, Hg. v. Aktion Deutschland Hilft e. V.).

3.3. Anregungen zur Ausgestaltung von Maßnahmen und Formaten

Die Befragten sind der Meinung, dass es vielfältige Formate geben sollte: Einerseits soll es Formate geben, die die breite Öffentlichkeit ansprechen, andererseits soll es Formate geben, die gezielt das Katastrophenmanagement adressieren. Neben Formaten, die die Zielgruppen der Arbeit der Initiative fokussieren, soll es auch Formate geben, die auf Einrichtungen, Sozialämter usw. zielen. Auch mit Blick auf die Art des Formats werden von den Befragten unterschiedliche Facetten beleuchtet:

- I. Wie oben aufgeführt sollte es analoge und digitale Formate geben
- II. Aktiv vs. Passiv: Manche Befragte sind der Meinung, dass die Initiative aktive Formate, wie z.B. Schulungen und Workshops, priorisieren soll, während andere die Relevanz von passiven Formaten, wie z.B. Plakate und Videos) betonen. Einige argumentieren, dass beide Ansätze genutzt werden sollen, um möglichst viele Menschen zu erreichen.

Vermutlich lassen sich die unterschiedlichen Schwerpunktlegungen mit dem Kontext der Akteure und ihrem Wissen über die Bedarfe unterschiedlicher Zielgruppen erklären. Daher erscheint es sinnvoll, dass alle Formate, die von der Initiative entwickelt werden, mit Blick auf die angesprochenen Akteur:innen und darauf aufbauend auf das angemessene Medium geprüft werden. Wichtige Punkte, die bei der Anpassung an die Zielgruppe berücksichtigt werden sollten, sind:

- Sprachlich und kulturell
- Für diverse Altersgruppen
- Angepasst an die Kanäle über die sich die Zielgruppen informieren
- Interaktive Workshops zu inklusiver Katastrophenvorsorge für Gemeinden und Organisationen
- Train the Trainer-Formate, bei denen Teilnehmende aus den Zielgruppen geschult und als Multiplikator:innen weitergebildet werden

Bei digitalen Formaten sollten, nach Meinung der Befragten, auch Kanäle wie Social Media (z.B. Instagram, TikTok und Facebook) und Telegram bespielt werden.

Mit Blick auf analoge Veranstaltungen und Schulungen sollte darauf geachtet werden, dass sie z.B. durch Schriftdolmetschungen zugänglich gemacht werden und in barrierefreien Räumlichkeiten stattfinden.

Hinsichtlich Formaten, die vermieden werden sollten, benennen die Befragten vier Punkte:

- Aushänge in Unterkünften
- Webseiten, die nur über Laptop/PC zugänglich sind
- lange Texte
- unregelmäßige oder einmalige Veranstaltungen

3.4. Vorhandene Wissensbestände, Maßnahmen oder Ansätze

Im Rahmen der Befragung wurde schließlich erhoben, welche Wissensbestände, Maßnahmen oder Ansätze bereits existieren, auf die bei der Arbeit der Initiative Inklusive Katastrophenvorsorge aufgebaut werden kann. Allgemein lässt sich hier feststellen, dass ein erheblicher Teil der Befragten keine Wissensbestände, Maßnahmen oder Ansätze zu inklusiver Katastrophenvorsorge kennt: Insgesamt 41 Personen haben die Frage nicht beantwortet oder angegeben, dass sie keine entsprechenden Wissensbestände, Maßnahmen oder Ansätze haben. Eine Person erwähnt gar explizit, dass der Katastrophenschutz des Landkreises keine brauchbare Hilfe dazu anbietet. Ein anderer Teil der Befragten benennt verschiedene Grundlagen, die für die Arbeit als hilfreich erachtet werden. Diese werden im Folgenden vorgestellt:

a) Vorhandene Pläne und Konzepte

- Vorsorgeplan des Bundesinnenministeriums
- „Ratgeber für Notfallvorsorge und richtiges Handeln in Notsituationen“ des Bundesamts für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe. [Link zum Ratgeber des BBK](#)
- Maßnahmenpläne des Bundesamts für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe, des Landes Baden-Württemberg, der Regierungspräsidien und bei Feuerwehren, Rettungsdiensten und Krankenhäusern
- Broschüren zu Katastrophenfällen aus anderen Bundesländern
- Seminare der Landesfeuerweherschule Baden-Württemberg. [Link zur den Seminaren der Landesfeuerweherschule BW](#)
- Katastrophenpläne der Hilfsorganisationen, z.B. Deutsches Rotes Kreuz e. V. (DRK)
- Katastrophenschutzpläne der Landkreise und Gemeinden
- Vorbereitungen/Planungen zu Notfalltreffpunkten in Baden-Württemberg. [Link zur Internetseite der Notfalltreffpunkte](#)
- Projekt „Klimafit“. [Link zur Internetseite KLIMA.FIT](#)
- Hitzeschutzpläne
 - Best Practice: Dokumentation Fachtag Hitzeschutz des Ministeriums für Soziales, Gesundheit und Integration Baden-Württemberg am 5. Juni 2024. [Link zur Internetseite des Aktionsbündnisses Klimawandel und Gesundheit](#) sowie [Link zum FAQ Kommunale Hitzeaktionspläne für die menschliche Gesundheit](#).
 - Stadtplan der Stadt München, in dem kühle Plätze und beschattete Wege gekennzeichnet sind
- Notfallpläne in Schulen oder Einrichtungen der Eingliederungshilfe, Umfangreiche und aktuelle Unterlagen zu den Einrichtungen liegen bei Heimaufsichten.
- Brandschutzrichtlinien
- Gewaltschutzkonzepte
- Sozialplanungskonzepte und Aktion Mensch
- Umweltschutzkonzepte

- Individuelle Erfahrungen mit vergangenen Krisensituationen und Katastrophen (COVID-19 Pandemie, Hochwasser im Ahrtal und dem Saarland, „Ukraine-Krise“ und andere Katastrophenereignisse im Ausland)
- Veranstaltungen der Volkshochschulen (VHS)
- Besuchte Erste-Hilfe-Kurse
- Projekt „KATHelfer – Koordination von Spontanhelfenden im Krisen- und Katastrophenfall“. [Link zur Internetseite von KatHelferPro](#)

b) Schwerpunkt inklusives Katastrophenmanagement

- Projekt „KIM – Bestandsaufnahme zum Katastrophenmanagement und der Inklusion von Menschen mit Behinderungen“. [Link zur KIM-Studie](#)
- Projekt „AUPIK – Aufrechterhaltung der ambulanten Pflegeinfrastrukturen in Krisensituationen“. [Link zur AUPIK-Studie](#)
- Projekt „DeBUG – Dezentrale Beratungs- und Unterstützungsstruktur für Gewaltschutz in Flüchtlingsunterkünften“. [Link zum DeBUG Projekt](#)
- Disability-inclusive Disaster Risk Reduction Network. [Link zum DiDRRN](#)
- Arbeit des Arbeitskreises inklusiver Katastrophenschutz im Rhein-Neckar-Kreis
- Informationsmaterialien der Lebenshilfe
- Notfallregister.eu: Register für Menschen mit gesundheitlichen Einschränkungen zur bedarfsgerechten Unterstützung im Not- und Katastrophenfall. [Link zur Internetseite des Notfallregisters](#)
- T-Shirts mit Sonnenblumen Symbol für Autismus für Betroffene zur besseren Orientierung für Einsatzkräfte.
- Barrierefreie Evakuierungspläne
- Organisierten Nachbarschaftshilfen
- Ambulante Dienste in Pflege und Sozialpsychiatrie
- Anschaffung von Evakuierungsstühlen

c) Warnungen und Notruf

- NINA Warn-App des Bundesamts für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe. [Link zur NINA-Warn-App](#).
- KatWarn App Warn-App für das Smartphone vom Fraunhofer-Institut für Offene Kommunikationssysteme. [Link zur KatWarn-App](#).
- Warnwetter App des Deutschen Wetterdiensts. [Link zur Warnwetter-App](#).
- NORA Notruf-App. Offizielle Notruf-App der Bundesländer, welche das Absetzen von Notrufen ermöglicht, ohne das gesprochen werden muss. [Link zur NORA-Notruf-App](#).
- Warnungen per CellBroadCast (sollte in verschiedenen Sprachen zur Verfügung stehen)
- Notruf von Rettungsdienst und Feuerwehr 112

4. Fazit und Ausblick

Katastrophenmanagement und insbesondere Katastrophenvorsorge rücken in den letzten Jahren immer stärker in den Fokus der Öffentlichkeit. Krisensituationen wie die COVID-19-Pandemie, Hitzewellen, Dürreperioden, die Hochwasser 2021, der russische Angriffskrieg auf die Ukraine, die Energiekrise und die Überschwemmungen vom Jahreswechsel 2023/2024 nehmen auch in Deutschland zu. Nicht nur der allgemeine Umgang mit Katastrophen, auch inklusives Katastrophenmanagement und inklusive Katastrophenvorsorge werden zunehmend diskutiert.

Um sich über die aktuellen Bedarfe zu informieren, hat der DRK-Landesverband Baden-Württemberg im Auftrag der Beauftragten der Landesregierung Baden-Württemberg für die Belange von Menschen mit Behinderungen eine Umfrage unter Akteur:innen des Katastrophenmanagements, der Städte und Landkreise sowie Inklusions-Akteur:innen durchgeführt. Die Ergebnisse der Umfrage zeigen aktuelle Problemlagen, wie beispielsweise die oftmals fehlende (inklusive) Planung für Notfälle. Viele berichten außerdem über mangelnde materielle und psychosoziale Unterstützung bei der Vorsorge und Bewältigung von Krisensituationen. Insbesondere für marginalisierte Menschen ist es oft schwierig adäquate Maßnahmen zur Vorsorge und zum Eigenschutz zu treffen.

Die Befragten betonen, dass die Gleichberechtigung und Inklusion von Menschen mit Behinderungen allgemein und auch mit Blick auf Katastrophenvorsorge gefördert werden sollte. Die Initiative Inklusive Katastrophenvorsorge wird als positive Entwicklung begrüßt. Die befragten Akteur:innen wünschen sich, dass die Initiative transparent arbeitet und sich mit anderen Akteur:innen aus den relevanten Bereichen vernetzt. Der Einbezug der Zielgruppen wird von den Befragten als besonders wichtig erachtet.

Mit Blick auf konkrete Ergebnisse der Initiative lassen sich die Antworten zu sieben Themenfeldern zuordnen: Barrierefreiheit, Sensibilisierung des Katastrophenmanagements für die Bedarfe der Zielgruppen im Katastrophenfall und Sensibilisierung der Zielgruppen sowie relevanter Inklusions-Akteur:innen für mögliche Katastrophen, Finanzierung und Bereitstellung von Ressourcen zur Prävention, inklusive Planung, Netzwerkbildung und Zusammenarbeit verschiedener Akteur:innen, Partizipation und Beteiligung der Zielgruppen sowie Klärung von Zuständigkeiten. In diesen Bereichen werden Handlungsbedarfe ausgemacht.

Hinsichtlich der Ausgestaltung von Maßnahmen und Formaten, die von der Initiative Inklusive Katastrophenvorsorge entwickelt werden, weisen die Befragten darauf hin, dass die gewählten Formate möglichst vielfältig sein sollten. Außerdem sollen sie niedrighschwellig zugänglich, barrierefrei und zielgruppenspezifisch gestaltet werden.

Ein wesentlicher Teil der befragten Akteur:innen kennt bisher keine Wissensbestände, Maßnahmen oder Ansätze zu inklusiver Katastrophenvorsorge. Die bekannten Ansätze sind meist vorhandene Pläne und Konzepte, unterschiedliche Wissensbestände und Konzepte mit

dem Schwerpunkt inklusives Katastrophenmanagement oder allgemeines Wissen über Möglichkeiten zu Warnungen und Notrufen.

Die Initiative Inklusive Katastrophenvorsorge hat in diesem Bericht bestehende Bedarfe, Hinweise und Wünsche zusammengeführt. Nun geht es darum diese zu sichten und zu überlegen, in welchem Maße und auf welche Weise, die Initiative auf eine Umsetzung hinwirken kann.

Anhang A Fragen der Umfrage

1. Wenn Sie an die kommenden 24 Monate denken, was müsste passieren, damit Sie und die von Ihnen vertretene(n) Organisation(en), die Arbeit der Initiative als erfolgreich beschreiben?
2. Welche Formate halten Sie bei der Arbeit der Initiative für sinnvoll, um diese Ziele zu erreichen? Welche Formate sollten nicht genutzt werden?
3. Wenn Sie ganz konkret an Ereignisse, wie zum Beispiel Unwetter, Hitzewellen oder einen länger anhaltenden Stromausfall denken, wobei würden Sie oder die von Ihnen vertretenen Personen in diesen Situationen Unterstützung benötigen und welche Unterstützung wäre das?
4. Welche Wissensbestände, Maßnahmen oder Ansätze kennen Sie bereits, auf die die Initiative aufbauen könnte?
5. Wo liegen Ihrer Ansicht nach die dringlichsten Handlungsbedarfe hinsichtlich der Erhöhung der Inklusivität der Katastrophenvorsorge in BW? Sollten Sie mehrere nennen, priorisieren Sie bitte.
6. In der Initiative Inklusivität Katastrophenvorsorge treffen Akteur:innen unterschiedlicher Interessen- und Zielgruppen aufeinander. In welchem Kontext würden Sie Ihre Arbeit verorten?
7. Möchten Sie sich an der Arbeit der Initiative aktiv beteiligen?
8. Mein Kontakt für eine Zusammenarbeit:
9. Auf was ich bei dieser Gelegenheit hinweisen möchte: